



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Christine Lambrecht: „Wir wissen was Familien brauchen“

Erhöhung von Wohngeld und Kinderzuschlag geplant.

Berlin/Viernheim, Februar 2008 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat die angekündigte Erhöhung des Wohngelds und des Kinderfreibetrags begrüßt. „Gute Nachrichten für Familien mit geringem Einkommen: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz haben Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Wohngeld vorgeschlagen“ so Lambrecht. „Danach sollen mehr bedürftige Familien als bisher von diesen gezielten Leistungen profitieren, die Zugänge zu den Leistungen vereinfacht und auch Leistungsverbesserungen vorgenommen werden. Das vorgeschlagene Gesamtkonzept ist zeitnah umsetzbar, unbürokratisch und finanzierbar. Dies wäre ein weiterer Baustein im Kampf gegen Familienarmut in Deutschland“.

Bei der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut sei wichtigstes Ziel der SPD, Eltern ein gutes Einkommen durch Arbeit zu ermöglichen. Hier gelte es, auf die bereits erzielten Erfolge am Arbeitsmarkt aufzubauen und auch weiterhin die sozial-, finanz- und haushaltspolitischen Hausaufgaben sorgfältig zu erledigen.

„Um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, brauchen wir dringend den bereits vereinbarten weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote“, machte Lambrecht deutlich. „Die Union sollte ihn nicht mit dem Betreuungsgeld-Vorstoß der Bundesfamilienministerin blockieren“.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Auch die Erhöhung des Wohngelds sei ein notwendiger Schritt. „Für die Mieterinnen und Mieter ist es ein gutes Signal, dass die Bundesregierung die Anregung der SPD-Bundestagsfraktion aufgreifen und das Wohngeld weiterentwickeln will“, ist sich Christine Lambrecht sicher. „Profitieren werden von diesem Schritt vor allem die Menschen, die geringe Einkommen, aber keine staatlichen Transferleistungen beziehen: zum Beispiel Rentnerinnen und Rentner oder Studierende“.

Wichtig sei für diese Menschen zum einen die Erhöhung der Tabellenwerte. Damit werde die Mietentwicklung seit der letzten Anpassung 2001 nachvollzogen. Zum zweiten sei die Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Energiekosten wichtig. Künftige Regelungen sollten möglichst so ausgestaltet werden, dass sich energiesparendes Verhalten für die Betroffenen lohnt.

„Mit der Anhebung des Wohngeldes setzen wir das klare Zeichen: Wir lassen bedürftige Menschen mit steigenden Miet- und Mietnebenkosten nicht alleine“, so Lambrecht.

Die Steigerungen der Wohnnebenkosten haben in den vergangenen Monaten vor allem Beschäftigte mit geringem Einkommen und Rentnerinnen und Rentner getroffen. Die Wohnungsbaupolitiker der SPD-Bundestagsfraktion hatten sich bereits nach einer Expertenanhörung zur Wohngeldnovelle im Dezember 2007 für die Erhöhung des Wohngeldes ausgesprochen.

„Dies ist wichtig, weil die Bundesländer die Finanzierung mittragen. Höheres Wohngeld wird dazu beitragen, Erwerbstätige aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II herauszuholen. Das entlastet die Kommunen“, so Lambrecht abschließend.